

Albanien, Bulgarien, Rumänien, ehemaliges Jugoslawien

FRANZ-LOTHAR ALTMANN

Die Entwicklung in Südosteuropa zwischen Jahresmitte 1998 und Jahresmitte 1999 war durch den Kosovo-Konflikt und den sich daraus ergebenden Überlegungen für die weitere Behandlung der Gesamtregion bestimmt.

Nachdem zur Jahreswende 1997/98 die Kosovo-Befreiungsarmee (UÇK) zunehmend im Kosovo aktiv wurde, war das Frühjahr 1998 von serbischen Gegenschlägen gegen die UÇK und die albanische Zivilbevölkerung im Kosovo gekennzeichnet. Das Massaker von Drenica (4.-7. März 1998) muß als auslösendes Ereignis für das nunmehr stärkere Engagement der internationalen Staatengemeinschaft gesehen werden. In den folgenden Monaten entwickelten sich lokale Kämpfe in der Deçani-Region, die in einer serbischen Offensive Anfang Juni 1998 mündeten und erste größere Fluchtbewegungen innerhalb des Kosovo bewirkten. Nach einem Vorstoß der UÇK war eine zweite serbische Offensive zwischen Mitte Juli und Mitte August 1998 zu beobachten, die bis Anfang Oktober die UÇK zurückdrängte, gleichzeitig aber auch rund 50.000 Zivilisten in die Wälder trieb. Insgesamt sprach man im Herbst 1998 von rund 200.000 intern Vertriebenen. Auf Grund dieses „Erfolges“ willigte Präsident Slobodan Milošević am 12. Oktober 1998 nach intensiven Verhandlungen mit Sonderbotschafter Richard Holbrooke ein, die UN-Resolution 1199 zu befolgen, die 2.000 unbewaffnete OSZE-Beobachter im Kosovo vorsah und de facto einen Waffenstillstand bedeutete. In der Folge wurde versucht, ein Interimsabkommen zu formulieren, das einen Zwischenstatus für den Kosovo ermöglichen sollte. Zur Jahreswende 1998/99 wurde jedoch klar, daß dies nicht gelingen würde, weil beide Seiten zwischenzeitlich aufgerüstet beziehungsweise sich verstärkt hatten und Verletzungen des Waffenstillstandes zunahmen.

Nach dem Massaker bei Račak (16. Januar 1999) drohte die NATO Belgrad am 20. Januar erstmals mit einer Militäroperation. Dies führte dazu, daß am 6. Februar 1999 unter französischem und britischem Vorsitz die Verhandlungen in Rambouillet zur Lösung der Kosovo-Krise begannen. Am 19. März 1999 scheiterten die Gespräche endgültig, nachdem die albanische Delegation das Dokument unterzeichnet hatte, die serbische jedoch den politischen Teil des geplanten Interimsabkommens in Frage stellte und den militärischen überhaupt nicht diskutieren wollte. Am 22. März warf UN-Generalsekretär Kofi Annan Jugoslawien den Bruch des Waffenstillstandes vor und erklärte, die humanitäre Lage im Kosovo habe sich dramatisch verschlechtert. Am 24. März 1999 begannen die Luftangriffe der NATO auf Ziele in der Bundesrepublik Jugoslawien. Nach 72 Tagen Bombardierung lenkte am 3. Juni 1999 Präsident Milošević ein, am 9. Juni unterzeichneten serbische

Generäle das Militärabkommen über den Rückzug der jugoslawischen Kräfte aus dem Kosovo. Am 12. Juni 1999 trafen die ersten russischen Truppen im Rahmen der KFOR-Friedensmission in Prishtina ein, einen Tag später erreichten britische Kräfte die Kosovo-Hauptstadt. Insgesamt sollen rund 50.000 internationale Streitkräfte den Frieden sichern und den Wiederaufbau ermöglichen. Ende Mai 1999, d.h. knapp vor der Einstellung der Bombardierung Jugoslawiens hatte man insgesamt 779.300 kosovo-albanische Flüchtlinge in den Nachbarländern gezählt, darunter in Albanien 440.600, Makedonien 252.300, Montenegro 64.900 und in Bosnien-Herzegowina 21.500. Hinzu kamen 65.743 Personen, die zwischenzeitlich bereits aus Makedonien in andere Länder ausgeflogen worden waren, darunter 12.872 nach Deutschland, das damit vor der Türkei (7.475) deutlich an erster Stelle der Aufnahmeländer zu finden war.¹ Verlässliche Angaben über die Zahl der im Kosovo herumirrenden, aus ihren Wohnungen und Häusern vertriebenen oder geflohenen Personen gab es nicht. Zum 20. Juli 1999 waren bereits 670.000 Flüchtlinge wieder in den Kosovo zurückgekehrt.²

Die wiederkehrenden krisenhaften Entwicklungen in Südosteuropa haben noch während der Rambouillet-Verhandlungen zu intensiven Überlegungen geführt, wie eine dauerhafte Stabilisierung der Region erreicht werden könnte. Der auf dem Kölner Gipfel der EU im Juni 1999 angenommene Stabilitätspakt für Südosteuropa soll in drei Themenkreisen (Wirtschaft, Demokratie und Sicherheit) langfristige Voraussetzungen für gutnachbarschaftliche Beziehungen in der Region schaffen, den Wiederaufbau in dem Gebiet finanziell unterstützen und neue Perspektiven für alle südosteuropäischen Länder in Bezug auf ihre Eingliederung in die euro-atlantischen Strukturen anbieten.

Albanien

Am 7. April 1998 verkündete die Westeuropäische Union (WEU), sie wolle das Mandat ihrer multilateralen Polizeiberatereinheit in Albanien um ein Jahr verlängern und die Zahl der Berater und Ausbilder erhöhen. Ziel ist, das Land sicherheitspolitisch nach innen zu stabilisieren. Zwölf Expertenteams der NATO hatten 1998 Albanien besucht und Programme für gezielte Unterstützung ausgearbeitet.

Im Kosovo-Konflikt unterstützte der im Vorjahr abgewählte ehemalige Präsident Sali Berisha bedingungslos die UÇK. Demgegenüber hielt sich die Regierung in Tirana unter (noch) Premierminister Fatos Nano enger an die Vorgaben des Westens und blieb zunächst auf Distanz zur UÇK. Mitte des Jahres 1998 hatte Nano seine Position geklärt, und am 20. Juli 1998 erkannte er nicht nur die UÇK als Schlüsselfaktor zur Bewältigung der Krise an, sondern forderte auch gegenüber dem WEU-Gesandten in Tirana Luftschläge gegen Serbien, um dessen Kriegsmaschinerie zu stoppen.³ Zu diesem Zeitpunkt waren 20.000 Kosovo-Albaner nach Albanien geflohen. Vor allem vom Berisha-treuen Landesteil im Norden kamen UÇK-Aktivistinnen immer wieder in den Kosovo zurück. Dies führte zu wiederholten Grenzverletzungen seitens der jugoslawischen Armee, denen die schwache albanische Armee nicht begegnen konnte. Entsprechend richtete die albanische Regierung Anfang Juli

dringende Appelle an die internationale Gemeinschaft, außerordentliche Maßnahmen zu ergreifen. Am 8. Juli 1998 liefen dann auch vier NATO-Kriegsschiffe in den Hafen von Durrës ein mit dem Ziel, die Unterstützung des Bündnisses für Albanien im Kosovo-Konflikt zu demonstrieren.

Zu einer innenpolitischen Krise führte die Ermordung des Oppositionspolitikers Azem Hajdarik am 12. September 1998. Nachdem es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen auf den Straßen Tiranas gekommen war, trat Premierminister Fatos Nano zurück. Sein Nachfolger wurde am 2. Oktober 1998 Pandelij Majko. Die Ernennung Majkos, der als undogmatisch und gemäßigt gilt, wurde vom Ausland begrüßt, da man sich hiervon eine Entspannung des Gegensatzes zwischen Demokraten und Sozialisten erhoffte. Die neue Regierung betonte die außenpolitische Kontinuität und erklärte, die angestrebte Integration in die NATO, die Zusammenarbeit mit den USA, den Nachbarstaaten Italien und Griechenland, den Staaten der EU, insbesondere mit Deutschland, vertiefen zu wollen. Wichtig für die Stabilisierung des Landes war schließlich die Annahme der neuen Verfassung, über die am 22. November 1998 die Bevölkerung durch ein Referendum abstimmte. Die oppositionelle Demokratische Partei unter Berisha boykottierte sowohl die Parlamentsarbeit und damit auch die Mitarbeit in der Verfassungskommission als auch das Referendum selbst. Die OSZE, unter deren Beobachtung das Referendum abliefe, bestätigte allerdings dessen positiven Ausgang.

Die Zahl der Kosovo-Flüchtlinge in Albanien erreichte bis Juni 1999 einen Höchststand von 444.000 Personen. Ihre Unterbringung und Versorgung stellte Albanien vor nahezu unlösbare Probleme, die nur durch massive Hilfen der internationalen Gemeinschaft bewältigt werden konnten. Dies machte die Schwäche von Albanien Wirtschaft und Verwaltung überdeutlich, lenkte aber auch von den innenpolitischen Auseinandersetzungen ab, da gemeinsame Anstrengungen zur Überwindung der teilweise chaotischen Zustände notwendig waren. Die massive Präsenz der internationalen Gemeinschaft durch Militär (NATO) und verschiedene Hilfsorganisationen bewirkte die Entwicklung eines De-facto-Protectorates über weite Teile Albanien, was sogar in beschränktem Ausmaß Beschäftigungsmöglichkeiten für die heimische albanische Bevölkerung ergab. Mit Zuspitzung der Kosovo-Krise bot Albanien schließlich sein Territorium ohne Einschränkungen für die Aktionen der internationalen Staatengemeinschaft an, nicht ohne jedoch darauf zu verweisen, daß Albanien ohnehin erster Kandidat auf dem Balkan für eine volle NATO-Mitgliedschaft sei.

Schätzungen der eigenen Ausgaben Albanien für die Flüchtlinge belaufen sich auf 145 Mio. US-Dollar, zu denen entgangene Steuern in einer Höhe von 10 Mio. US-Dollar hinzuzufügen sind. Das Leistungsbilanzdefizit wird sich 1999 auf 12% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) verdoppeln. Angesichts dieser Situation hat der Internationale Währungsfonds (IWF) am 14. Juni 1999 dem Wunsch Albanien nach einem zweiten Jahresabkommen nachgegeben und 30 Mio. US-Dollar Sonderziehungsrechte im Rahmen der Strukturanpassungsfazilitäten genehmigt.

Bulgarien

Mitte des Jahres 1998 waren die ersten vorsichtigen Erfolge der Bemühungen der Regierung Kostov um die Wiedererlangung innenpolitischer und wirtschaftlicher Stabilität zu erkennen. Bulgarien konnte sich jetzt verstärkt auch auf außenpolitische Entwicklungen konzentrieren und unterzeichnete am 17. Juli 1998 zunächst als siebter Staat das Zentraleuropäische Freihandelsabkommen (CEFTA). Ende desselben Monats konnte Ministerpräsident Iwan Kostov dem Parlament mitteilen, daß ein dreijähriges Abkommen mit dem IWF praktisch abgeschlossen sei, zeitgleich ratifizierte das Parlament einen Vertrag mit der Europäischen Investitionsbank über die Finanzierung von Grenzübergängen in Bulgarien mit Anschluß an das europäische Fernstraßennetz. In der zweiten Hälfte des Jahres 1998 unternahm Bulgarien mehrere Vorstöße, die regionale Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu intensivieren. So wurde die Absicht geäußert, im Dreiländereck Bulgarien, Türkei und Griechenland eine Freihandelszone zu gründen, die von der EU im Rahmen des Programms für die Förderung der europäischen Regionen subventioniert werden solle. Anfang Oktober folgte eine Erklärung Sofias zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Bulgarien, Rumänien und Griechenland. Mit Bonn wurde Ende Oktober 1998 ein Abkommen über finanzielle Zusammenarbeit unterzeichnet, das vor allem die Unterstützung mittelständischer Unternehmen in Bulgarien vorsieht. Die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) erklärte gleichfalls ihre Bereitschaft, weitere 600 Mio. DM in Bulgarien zu investieren.

Bulgarien versucht damit alle Zweifel zu beseitigen, daß das Land nicht die Eingliederung in die euro-atlantischen Strukturen zur außenpolitischen Priorität Nummer eins gemacht habe. Entsprechend der Forderung der EU, verstärkte Bereitschaft zu regionaler Kooperation zu zeigen, hat Bulgarien die bilateralen Beziehungen mit seinen Nachbarn Überprüfungen und Korrekturen unterzogen. Angesichts der Kosovo-Krise bemühte sich Bulgarien, durch Vermittlungen nach allen Seiten eine Eskalation zu verhindern, gleichzeitig aber auch seine uneingeschränkte Bereitschaft zu zeigen, die internationale Gemeinschaft zu unterstützen. Am 21. Februar 1999 unterzeichneten Kostov und der makedonische Ministerpräsident Ljubco Georgievski eine Deklaration über gutnachbarliche Beziehungen in den „offiziellen Sprachen beider Länder“. Die Errichtung einer Freihandelszone wurde vereinbart, begleitet von der Schenkung von 150 bulgarischen Panzern und 142 Artilleriegeschützen an Makedonien.⁴ Dieser Nachbarschaftsvertrag beendet nicht nur einen langjährigen, fast alle Arbeitsbereiche blockierenden Sprachenstreit, er öffnet vielmehr auch die Türe zu weiteren multilateralen Vorhaben, wie beispielsweise im Energieversorgungsbereich für den südlichen Balkan.

Die deutliche prowestliche Haltung der Regierung Kostov im Kosovo-Konflikt hatte innenpolitisch erhebliche Probleme aufgeworfen, da die Mehrheit der Bevölkerung die NATO-Luftschläge ablehnte. Die Regierung sah sich dem Vorwurf der „Militarisierung der bulgarischen Außenpolitik“ ausgesetzt, vor allem nachdem fehlgeleitete NATO-Raketen auf bulgarischem Territorium aufschlugen. Trotzdem erteilte das bulgarische Parlament am 5. Mai 1999 mit 154 zu 83 Stimmen und einer Enthaltung der NATO die Überfluggenehmigung für bulgarisches

Territorium, am 25. Juli 1999 stimmte das bulgarische Parlament dem Transit von KFOR-Truppen und -Ausrüstungen über bulgarisches Territorium zu.

Bulgarien erwartet für sein bedingungsloses politisches Engagement auf seiten der NATO und für die erlittenen wirtschaftlichen Verluste in Folge des Kosovo-Krieges eine klarere Perspektive für Beitrittsverhandlungen zur EU und zur NATO. Offiziell werden zwar die direkten Verluste aus dem Kosovo-Krieg nur auf insgesamt rund 150 Mio. US-Dollar beziffert, doch sind die indirekten Auswirkungen auf ein Mehrfaches der direkten Schadenssumme zu beziffern. An Stelle eines zunächst prognostizierten Wirtschaftswachstums wird nunmehr für das laufende Jahr 1999 ein Rückgang des Bruttoinlandsproduktes von bis zu 2% erwartet.

Rumänien

Seit dem 2. April 1998 führt Radu Vasile die rumänische Regierung. Der neue Premier betonte, daß nicht nur die Bindungen des Landes an die NATO verstärkt sondern zur Überwindung der Wirtschaftskrise auch eng mit dem IWF zusammengearbeitet werden solle. Zur Unterstützung der außenpolitischen Absicherung seines Reformkurses verstärkte Rumänien im Laufe des Sommer 1998 seine Nachbarschaftskontakte. Die Ministerpräsidenten Sloweniens, Janež Drnovšek, und Ungarns, Victor Orbán, gaben sich Ende Juli in Bukarest die Klinke in die Hand. Orbán unterstrich bei diesem Besuch, daß Rumäniens NATO- und EU-Mitgliedschaft in hohem Grad auch im Interesse seines Landes liege. Rumänischerseits wurde betont, daß es fatal wäre, wenn rumänische Staatsangehörige in Folge des Schengener Abkommens nach Ungarn Visa benötigen und Budapest womöglich Siebenbürger Magyaren bevorzugt behandeln und damit ethnische Rumänen diskriminieren würde.⁵

Die Regierung geriet schnell in eine doppelten Zerreißprobe. Finanzminister Daniel Daianu wollte keine Kompromisse für seinen Sparkurs eingehen und wurde am 23. September entlassen. Zudem drohte der ungarische Partner in der Koalition, der UDMR, mit Austritt aus dem Regierungsbündnis, was die rumänisch-ungarischen bilateralen Beziehungen empfindlich gestört und Rumäniens Aspiration auf EU-Mitgliedsverhandlungen nochmals zurückgeworfen hätte. Der schließlich gefundene Kompromiß einer deutsch-ungarischen Universität in Cluj (Klausenburg) konnte dies verhindern. Von einem Arbeitsbesuch in Deutschland vom 27. bis 30. Januar brachte Ministerpräsident Vasile die Auffassung mit, daß die neue Bundesregierung „eine neue Haltung zu Rumänien eingenommen habe“ und Rumänien bei seinen Verhandlungen sowohl mit der EU als auch dem IWF und der Weltbank Unterstützung gewähren werde.

Bei ständigem Rückgang des BIP und der Industrieproduktion und immer noch defizitärer Handelsbilanz konnte Rumänien im Mai 1999 gerade noch die Zahlungsunfähigkeit vermeiden. Das eindeutige Engagement der rumänischen Führung an der Seite der NATO-Staaten im Kosovo-Krieg hatte wohl die Unterzeichnung des Abkommens mit dem IWF am 21. April 1999 wesentlich unterstützt. Andererseits hatte der Kosovo-Konflikt auch für Rumäniens wirtschaftliche

Stabilisierungsversuche deutlich negative Effekte. Rumänischerseits wird von wirtschaftlichen Einbußen in Höhe von 245 Mio. US-Dollar gesprochen. Ähnlich wie in Bulgarien hatte die Haltung der rumänischen Führung mit ihrer Unterstützung der NATO-Aktionen in der öffentlichen Meinung durchaus Kritik hervorgerufen – die Bevölkerung hatte wohl auch den doppelten Zurückweisungsschock (EU und NATO) noch nicht überwunden. Andererseits hatte Rumäniens Kooperationsbereitschaft dem Land außenpolitisches Prestige sowie die Bestärkung einer wie auch immer gearteten Einbindung in den Stabilitätspakt für Südosteuropa eingebracht.⁶

Bosnien-Herzegowina

1998 kamen die Beziehungen Bosnien-Herzegowinas mit seinen Nachbarn und Europa nur langsam in Schwung. Nachdem Ende März mit Kroatien ein Abkommen zur Verbesserung der weitgehend gespannten bilateralen Beziehungen unterschrieben worden war, in dem unter anderem regelmäßige Konsultationen der beiden Staatschefs und der Außenminister festgelegt wurden, erfolgte am 21. Mai 1998 die Wiederaufnahme eines regelmäßigen Flugverkehrs zwischen Bosnien-Herzegowina und der Bundesrepublik Jugoslawien. Auf einer internationalen Geberkonferenz, die am 7. und 8. Mai 1998 in Brüssel stattfand, wurde eine Aufbauhilfe von 1,25 Mrd. US-Dollar beschlossen. Dem Beschluß des Weltsicherheitsrates vom 15. Juni 1998, das Mandat der SFOR zu verlängern, war der Bundestag in Bonn am 19. Juni mit einer Verlängerung des Bosnien-Einsatzes deutscher Soldaten gefolgt. Die internationale Verankerung des Landes wurde durch die neue Währung Konvertible Mark deutlich, die am 22. Juni 1998 in Kraft trat und im Verhältnis von 1:1 zur Deutschen Mark festgesetzt wurde. In seinem Bericht vom 4. Juni 1998 hatte der Sondergesandte von US-Präsident Bill Clinton, Robert S. Gelbard, vor dem Senat ausgeführt, daß die Situation in Bosnien-Herzegowina sich enorm verbessert habe. Die bosnische Wirtschaft habe sich erholt, die Industrieproduktion in der Föderation seit 1996 fast verdoppelt, in allen größeren Städten Bosniens wurde die Stromversorgung und in den meisten die Wasserversorgung wiederhergestellt. Die Verkehrssysteme sind landesweit wieder in Betrieb und im Juli 1998 wurde in Bosnien ein einheitliches Telekommunikationssystem mit einer gemeinsamen Landeskennzahl eingeführt. Andererseits waren seit Abschluß des Dayton-Abkommens erst knapp 450.000 Personen nach Bosnien-Herzegowina zurückgekehrt, 800.000 Bosnier lebten weiter als Vertriebene in Bosnien; etwa 600.000 in Westeuropa oder in der Bundesrepublik Jugoslawien.

Bei den Wahlen zum gesamtbosnischen Präsidium, zu den Parlamenten des Gesamtstaates und der Entitäten, den kantonalen Behörden sowie zur Präsidentschaft in der Republika Srpska (RS) am 12. und 13. September 1998 siegte der Präsidentschaftskandidat der serbischen radikalen Partei, Nikola Poplašen, in der RS. Dagegen konnten sich in den Parlamenten die gemäßigten Kräfte behaupten. Andauernde Spannungen zwischen dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Milorad Dodik und Poplašen führten dazu, daß ein halbes Jahr nach den Wahlen in der RS immer noch keine ordentliche Regierung etabliert werden konnte. Am

5. März 1999 erklärte deshalb der hohe Repräsentant der internationalen Staatengemeinschaft, Carlos Westendorp, Poplašen für abgesetzt, weil dieser sein Amt dazu mißbraucht habe, die nationalistischen Kräfte seiner Entität aufzuwiegeln. Am selben Tag beschloß eine internationale Schiedskommission, der von allen Volksgruppen beanspruchten nordbosnischen Stadt Brčko einen neutralen Status zu verleihen und sie gleichzeitig von Serben, Kroaten und Muslimen verwalten zu lassen. Bosnien-Herzegowina stellt sich somit weiterhin als internationales Protektorat dar, das ausländische Hilfe in Milliardenhöhe für den Wiederaufbau der bosnischen Infrastruktur erhalten hat, jedoch bisher nur in bescheidenen Ansätzen eine selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung vorweisen kann.

Der Kosovo-Konflikt hatte auch für Bosnien-Herzegowina negative Auswirkungen, weil die mühselig anlaufende regionale Zusammenarbeit mit Serbien und Montenegro zurückgeworfen wurde und sich auch innerhalb des Landes deutliche Unterschiede in der Einstellung zum Konflikt zwischen Republika Srpska einerseits und der muslimisch-kroatischen Föderation andererseits ergaben. Die engen Handelsbeziehungen der Serbischen Republik mit Jugoslawien wurden unterbrochen, notwendige Zolleinnahmen fielen aus. Zugleich nahm die Attraktivität der neuen Konvertiblen Mark gegenüber dem bisher in der Republika Srpska mitverwendeten jugoslawischen Dinar zu. Die wirtschaftliche Auswirkung auf die moslemisch-kroatische Föderation ist andererseits begrenzt geblieben, trotzdem wird sich das gesamtwirtschaftliche Wachstum im Jahr 1999 deutlich reduzieren.

Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien und Montenegro)

Im April 1998 hatte Präsident Milošević das Parlament aufgefordert, die Durchführung eines Referendums zu beschließen, das die Beteiligung ausländischer Vertreter bei der Lösung des Problems im Kosovo als unerwünscht erklären sollte. Zeitgleich verschärfte sich innerhalb Jugoslawiens der Streit zwischen der serbischen Führung in Belgrad und der montenegrinischen Regierung in Podgorica über das Vorgehen im Kosovo. Belgrad selbst versuchte zu dieser Zeit noch, seine Zugehörigkeit zur europäischen Völkerfamilie zu bekräftigen, indem es im März 1998 offiziell die Aufnahme in den Europarat beantragte. Dies wurde am 20. April 1998 mit der Begründung abgelehnt, das Land müsse sich erst um eine friedliche Lösung im Kosovo bemühen. Am 27. April 1998 traten die von der EU beschlossenen Sanktionen in Kraft. Es durften keine militärischen Güter mehr nach Jugoslawien exportiert werden, alle Finanzmittel für den Handel mit Jugoslawien sowie Mittel für Investitionen in dieses Land wurden gesperrt. Weitere Sanktionen folgten.

Im Lande selbst spitzte sich die Lage zu. Zum Nachfolger Premierministers Radoje Kostićs wurde der ehemalige montenegrinische Präsident Momir Bulatović gewählt, bei den Parlamentswahlen in Montenegro selbst siegten jedoch am 31. Mai 1999 die dem montenegrinischen Präsident Milo Djukanović nahestehenden Sozialisten. In der zweiten Kammer des Bundesparlamentes ergibt sich damit eine Pattsituation, die Verfassungsänderungen zu verhindern vermag. Die Konfrontationsstellung Belgrad – Podgorica wurde damit institutionalisiert.

Die Bundesrepublik Jugoslawien ist nach vorläufiger Beendigung des Krieges zwei- wenn nicht sogar dreigeteilt. Zum De-facto-Protectorat Kosovo, das unter internationaler Verwaltung und Militärhoheit steht, kommt der Rest der Bundesrepublik Jugoslawien, bestehend aus dem eigentlichen Serbien und Montenegro, wobei dieses Gebiet durch den Gegensatz Montenegro Serbien nochmals geteilt ist. Es ist nicht absehbar, ob Montenegro sich zu einer Loslösung aus der Föderation entschließt. Podgorica sucht den Anschluß an den Westen und damit westliche Finanzhilfe und Absicherung gegen eine mögliche finale Unterwerfung durch Belgrad. Belgrad seinerseits ist von der übrigen Welt isoliert und kann nur noch mit Ländern wie Rußland, Nordkorea, China oder Kuba quasi-diplomatische Beziehungen pflegen. Dies kann sich allerdings entsprechend den Vorgaben im Stabilitätspakt für Südosteuropa völlig ändern, sollte in Belgrad ein Demokratisierungsprozeß nach einem Rücktritt von Präsident Milošević einsetzen, da für diesen Fall die sofortige Einbeziehung der Bundesrepublik Jugoslawien in alle Maßnahmen des Stabilitätspaktes vorgesehen ist.

Kroatien

Kroatiens Versuche, sich intensiver in die euro-atlantischen Strukturen hineinzuarbeiten, wurden auch im Jahr 1998 ein Opfer der internationalen Beurteilung von Kroatiens innenpolitischen Verhältnissen. In einem Mitte Mai 1998 veröffentlichten Bericht kritisierte die OSZE insbesondere die Flüchtlingspolitik der Zagreber Regierung. Durch „systemadministrative Abschreckung“ werde die Rückkehr der Flüchtlinge nach Kroatien erschwert. Die Justiz arbeite schwerfällig und sei regierungskonform, das öffentliche Fernsehen stehe als wichtigstes Medium im Dienste der Regierungspartei und elementare Grundlagen des politischen Systems seien mangelhaft. Diese Kritik wiederholte die OSZE im Februar 1999 mit der Aufforderung, schleunigst das Wahlgesetz und die Mediengesetzgebung zu ändern. Gleichzeitig wurde aber auch betont, daß Kroatien trotz mancher Probleme relativ gut dastehe und ein Hoffnungsfaktor für die Region sei.⁷

Um zu einer positiveren Einschätzung zu gelangen, versucht Kroatien im Bereich der internationalen Beziehungen Boden gut zu machen und die Voraussetzungen für einen Europa-Anschluß zu verbessern. Hierzu zählen das bereits erwähnte Abkommen mit Bosnien-Herzegowina zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen vom März 1998 sowie das am 27. Oktober 1998 in Zagreb unterzeichnete Abkommen über die besonderen Beziehungen zwischen der Republik Kroatien und der kroatisch-muslimischen Föderation in Bosnien-Herzegowina und auch die „Normalisierung“ der Beziehungen zur Bundesrepublik Jugoslawien.

Kroatien hat aus dem Kosovo-Krieg zwar wirtschaftliche Einbußen zu vermerken. Auch machte sich das gestiegene politische Risiko für die gesamte Balkanregion in Form eines verringerten Zuflusses von privatem Investitionskapital und Tourismuseinbußen bemerkbar, wodurch sich die Gefahr einer Zahlungsbilanzkrise aufgebaut hat. Auf der anderen Seite hat Kroatien aber politisch durchaus von seiner bedingungslosen Bereitschaft zur Unterstützung der NATO profitiert, als es als

erstes Land freien Luftraum und freien Zugang zu seinen Häfen für die Versorgung der NATO-Einheiten gewährte. Zum zweiten hofft das Land, im Rahmen des neuen Stabilitätspaktes für Südosteuropa seine Annäherungsversuche an Europa verstärken zu können.

(Ehemalige jugoslawische Republik) Makedonien (FYROM)

Die instabile Lage Makedoniens wurde durch die Eskalation des Kosovo-Konfliktes noch schwieriger. Nachdem drei Bomben Mitte Juli 1998 in Makedonien explodiert waren, erneuerte der Weltsicherheitsrat am 21. Juli 1998 das UNPREDEP-Mandat bis zum 28. Februar 1999 und erhöhte gleichzeitig die Anzahl der stationierten UN-Truppen von 750 auf rund 1.100, um die Grenzen Makedoniens zu Albanien und Jugoslawien effektiver beobachten zu können. Am 25. Februar 1999 verhinderte China mit seinem Veto eine nochmalige Verlängerung des insgesamt siebenjährigen Mandats, nachdem im Januar 1999 Skopje diplomatische Beziehungen mit Taiwan eröffnet hatte. Bereits am 2. März 1999 erfolgte der erste Besuch des taiwanesischen Außenministers Jason Hu und in Makedonien wurde die Erwartung geäußert, daß dieser Besuch als Ergebnis eine Direkthilfe seitens Taipeh in Höhe von 235 Mio. US-Dollar und zusätzlich eine Milliarde US-Dollar in Direktinvestitionen taiwanesischer Geschäftsleute einbringen werde. Bei den am 18. Oktober und 1. November 1998 stattgefundenen Parlamentswahlen waren die gemäßigt konservativ-nationalistische Opposition unter Ljubčo Georgievski und Vasil Tupurkovskis Demokratische Alternative als Sieger mit rund 38% der Stimmen hervorgegangen. Die linken Gruppierungen der bisherigen Regierung erhielten lediglich 28%. Als dritte politische Kraft etablierten sich die Vereinigten Albanischen Parteien, die in der von Georgievski gebildeten neuen Regierung beteiligt wurden.

Wichtig war für Skopje, daß sowohl gegenüber Griechenland als auch gegenüber Bulgarien Bewegung in die festgefahrenen Beziehungen kam. Nach der zuvor erfolgten Beilegung des Flaggenstreites und der Zurückstellung des Namensstreites zwischen Griechenland und Makedonien erfolgten im Dezember 1998 erste Gespräche zwischen der griechisch-orthodoxen Kirche und der makedonisch-orthodoxen Kirche, die sich 1967 vom serbisch-orthodoxen Patriarchat abgespalten und für autokephal erklärt hatte. Angesichts der politischen Bedeutung der orthodoxen Kirchen in den jeweiligen Nationalstaaten muß dem Angebot des griechischen Erzbischofs Christodoulos, der geächteten orthodoxen makedonischen Kirche die kanonische Anerkennung anzubieten, große Bedeutung zugemessen werden. Wichtiger noch war die im Februar 1999 erfolgte Beilegung des Sprachenstreites zwischen Makedonien und Bulgarien, wodurch der Weg zum Abschluß von etwa 20 bilateralen Abkommen zu Wirtschaft und Handel, die seit langer Zeit fertig formuliert vorlagen, frei wurde. Am 12. März 1999 wurde zusätzlich ein bilaterales Verteidigungsabkommen zwischen Bulgarien und Makedonien in Sofia unterzeichnet, das unter anderem die erste Lieferung von gebrauchten Militärausrüstungen durch Bulgarien an Makedonien (150 Panzer, 142 Artilleriegeschütze) beinhaltet.

Die ohnehin angespannte Atmosphäre zwischen den beiden Hauptethnien, slawische Makedonen und Albaner, wurde durch den Flüchtlingszustrom aus dem Kosovo noch verschärft, Demonstrationen und Proteste der Makedonen sowie der kleinen serbischen Minderheit gegen die ihrer Ansicht nach zu NATO-freundliche Regierung waren die Folge. Die enorme politische und wirtschaftliche Belastung des Flüchtlingszustromes führte Ende April zum Rücktritt des makedonischen Wirtschaftsministers Žanko Čado, der als Grund das „Unverständnis der internationalen Gemeinschaft“ für die Lage seines Landes durch den Kosovo-Krieg anführte.⁸ Zu diesem Zeitpunkt war die wirtschaftliche Lage in der Tat so prekär, daß ausländische Beobachter das Land am Rande des Zusammenbruches sahen.⁹ Anfang Mai 1999 wurde der bis dahin entstandene wirtschaftliche Schaden seitens der Regierung in Skopje auf ca. 1,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Trotz der intensivierte ethnischen Spannungen und der wirtschaftlichen Last in Folge der Kosovo-Krise blieb die befürchtete Destabilisierung aus. Makedonien gewann außenpolitisch deutlich an Wertschätzung seitens der westlichen Staatengemeinschaft.

Ausblick

Die vergangenen zwölf Monate waren in Südosteuropa durch die Kosovo-Krise bestimmt. Es offenbarten sich deutliche Unterschiede in der Einstellung gegenüber Belgrad. Diese Positionen konnten in ihrer Unterschiedlichkeit während der ganzen Kosovo-Krise beobachtet werden und bestimmten auch die Einstellung der einzelnen Staaten gegenüber der westlichen Staatengemeinschaft.

Nach dem vorläufigen Ende des Kosovo-Krieges versuchen jetzt alle Länder in der Region, ihre gemeinsamen Interessen im Rahmen des neuen Stabilitätspaktes für Südosteuropa¹⁰ wiederzufinden, vorwiegend allerdings unter der Erwartung westlicher Kapital- und Finanzhilfe und vor allem auf der Grundlage von Programmen, die von den EU-Staaten ausgearbeitet und multi- wie auch bilateral implementiert werden sollen. Mehr als zuvor wird damit die Europäische Union zum Orientierungspunkt und Hoffungsanker für die krisenbelastete Region Südosteuropa. Inwiefern Brüssel mit klaren neuen, wenn auch abgestuften Perspektiven auf diese Erwartungen reagieren kann, bleibt die zentrale Frage für die dringend erforderliche Stabilisierung der Region.

Anmerkungen

- 1 UNHCR, zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 29.5.1999.
- 2 FAZ v. 20.7.1999.
- 3 RFE/RL Newline, 20.7.1998.
- 4 Vergleiche hierzu ausführlich Deimel, Johanna: Bulgarien – Mazedonien: Skizzen einer Annäherung. In: Europäische Rundschau 2 (1999), S. 53 ff.
- 5 Neue Zürcher Zeitung v. 27.7.1998.
- 6 Vgl. hierzu ausführlicher Gabanyi, Anneli U.: Rumänien und der Kosovo-Konflikt, in: Das Parlament v. 6.-13.8.1999.
- 7 NZZ v. 11.2.1999.
- 8 AFP v. 26.4.1999.
- 9 Beispielsweise Weltbankvertreter Zoran Andonovski, Süddeutsche Zeitung v. 27.4.1999.
- 10 Der Text des Stabilitätspaktes für Südosteuropa ist im Internet verfügbar unter URL: http://www.auswaertiges-amt.de/6_archiv/inf.-kos/hintergr/stabpact.htm.